

Pressemappe zum Festival contre le Racisme vom 29. Mai bis zum 2. Juni 2006 in Aachen

VeranstalterInnen

Fachschaft I/1

Fachschaft 7/1

Frauenprojekt
an den aachener Hochschulen

www.fsmpi.rwth-aachen.de

www.rwth-aachen.de/fsphil

www.frauenprojekt-aachen.de



**FRAUEN
PROJEKT**
studentinnen an fh und th



Kontaktpersonen:

Jacob Schmiedt
jacob@fsmpi.rwth-aachen.de

Stefanie Houben
stefanie.houben@web.de

Inhaltsverzeichnis

1. Die Idee des <i>festivals</i> und was dahinter steckt	Seite 1
2. Warum veranstalten wir das <i>festival</i> in Aachen	Seite 2
3. Programm des <i>festival contre le racisme</i>	Seite 3
4. Aufruf zum <i>festival contre le racisme</i>	Seite 4
5. Bundesweite VeranstalterInnen:	
a) freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften	Seite 8
b) Bundesverband Ausländischer Studierender	Seite 9
6. Aachener VeranstalterInnen:	
a) Fachschaft I/1 und Fachschaft 7/1	Seite 10
b) Frauenprojekt an den Aachener Hochschulen	Seite 10

Weitere Informationen finden Sie unter:

www.contre-le-racisme.de

www.fzs.de

www.bas-ev.de

1. Die Idee des *festivals* und was dahinter steckt

Rassismus und Diskriminierung sind auch Themen, welche die Studierenden etwas angehen. Rechtsextreme Übergriffe, wie der auf den jungen Wissenschaftler Ermyas M. in Potsdam am diesjährigen Ostermontag, sind nur die Spitze des Eisberges. Ständig sind ausländische Studierende mit Hürden konfrontiert, die deutschen Studierenden unbekannt sind. Eine diskriminierende AusländerInnengesetzgebung und ein zumindest merkwürdiger Umgang mit Flüchtlingen und MigrantInnen sind Alltag. Die Probleme sind vielfältig, aber nicht allen Studierenden bekannt.

Hierzu bietet der fzs an, sich innerhalb einer Aktionswoche an dem *festival contre le racisme* zu beteiligen. In einem selbst gewählten Mix aus Politik und Kultur soll ein Rahmen für Informationsveranstaltungen, Ausstellungen und Kulturveranstaltungen gegeben werden.

Entlehnt ist die Kampagne vom französischen Dachverband der Studierenden (UNEF), der das *festival contre le racisme* bereits seit über einem Jahrzehnt in Frankreich veranstaltet.

In Deutschland ist das *festival contre le racisme* eine dezentrale Kampagne, findet also an mehreren Orten gleichzeitig statt. Studierendenschaften und Initiativen vor Ort füllen das Label *festival contre le racisme* mit Leben, indem sie Veranstaltungen zu den verschiedensten Themen organisieren, Ausstellungen zeigen, Musikfestivals veranstalten oder sogar ihr Hochschulsommerfest in das *festival contre le racisme* integrieren. So entstehen Aktionswochen, in denen sich Studierende über Themen wie Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Diskriminierung im Alltag, studentische Verbindungen, Internationalisierung des Studiums, Flüchtlingspolitik oder die Situation ausländischer Studierender informieren und diskutieren können.

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) koordiniert hierbei die einzelnen Hochschulstandorte und unterstützt die VeranstalterInnen vor Ort mit einheitlichen Materialien, Medienarbeit und Hilfe bei der Suche nach Themen und ReferentInnen.

2. Warum veranstalten wir das *festival* in Aachen

Für ein Festival contre le Racisme an der RWTH Aachen, das nun bereits zum dritten Mal in Folge von Studierenden organisiert wird, gibt es viele gute Gründe. Zum einen geht es darum, gerade auch Studierende einer technisch-naturwissenschaftlich orientierten Hochschule für wichtige gesellschaftliche Umstände und Veränderungen zu sensibilisieren. Zum anderen sollen die in die Lage zu versetzt werden, sich negativen gesellschaftlichen Entwicklungen entschieden entgegenzustellen zu können. Dazu gehört zu allererst Aufklärungsarbeit, die durch die Veranstaltungen im Rahmen des festival contre le racisme geleistet werden soll. Im Rahmen des Festivals soll sowohl die Rolle des Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft thematisiert werden, als auch über rechtsextreme und rassistische Tendenzen vor Ort informiert werden. Nicht zuletzt geht es auch darum, Menschen, die sich aktiv gegen Rassismus und Ausgrenzung engagieren, eine Möglichkeit zu geben, ihre Arbeit der Öffentlichkeit vorzustellen.

Auch und gerade in Aachen ist es wichtig über die Themen Rassismus und Rechtsextremismus aufzuklären, da in Aachen und besonders im Aachener Umland seit einigen Jahren eine starke Neonaziszene existiert. Das Aachener Umland gilt als eine der Regionen mit den stärksten

rechtsextremen Aktivitäten in ganz NRW (siehe dazu die Veranstaltung mit Michael Klarmann am Donnerstag dem 1.6.). Zudem ist auch das diesjährige Motto „Festung Europa“ ein wichtiger Grund dafür, das Festival contre le Racisme in Aachen zu veranstalten. Gerade in einer Stadt, die sich selbst gerne als Europastadt bezeichnet, ist es wichtig sich mit den Problemen und Schwierigkeiten des Zusammenwachsens Europas und dem damit evtl. verbundenen Ausschluss anderer Menschen, die „nicht dazugehören“ auseinander zu setzen (siehe hierzu die Auftaktveranstaltung am Montag dem 29.5. und die Veranstaltung zu Zwangsprostitution von Karo e.V. Dienstag dem 30.5.).

3. Programm des *festival contre le racisme*

Montag, der 29. Mai 2006 19:30 h in der Fachschaft Philosophie (Karmanstraße 11)

Auftaktveranstaltung mit Christian Berg (fzs Vorstand) danach

Filmvorführung: „Europa“ von Lars von Trier

Dienstag 30. Mai 19:30 im Hörsaal Fo 6, Karman Auditorium

Vortrag von Karo e.V. zum Thema Zwangsprostitution

Nach Schätzungen werden jedes Jahr 500.000 Frauen und Mädchen von Menschenhändlerbanden in die EU-Staaten verschleppt und müssen hier als Zwangsprostituierte leben. Karo e.v. ist ein gemeinnütziger Verein von StreetworkerInnen, die sich an der deutsch-tschechischen Grenze gegen Zwangsprostitution von Frauen und Kindern und gegen Menschenhandel einsetzen. In ihrem Vortrag wird Ben Peter, Sozialassistent bei Karo e.V über die Arbeit des Vereins berichten.

Mittwoch 31. Mai 19:30 im Hörsaal Fo 6, Karman Auditorium

Vortrag von Richard Gebhardt: Droht eine Gefahr von rechts? Zur Aktualität von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Ist die Gefahr des Rechtsextremismus durch das schlechte Abschneiden des “nationalen Lagers” bei den Bundestagswahlen gebannt? Oder zeigt sich die Brisanz des Themas nicht jenseits aktueller Wahlergebnisse - z.B. in den rassistischen Anschlägen auf Migranten oder antisemitischen Schmähbriefen an den Zentralrat der Juden? Und ist die “Mitte der Gesellschaft” wirklich gefeit gegen rechtsextremistische Einstellungen?

Donnerstag 1. Juni 19:30 im Hörsaal Fo 6, Karman Auditorium

Vortrag von Michael Klarmann: Rechte Strukturen in und um Aachen

Die rechtsextreme Szene in und vor allem um Aachen ist seit längerer Zeit eine der größten in ganz NRW. Die Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien liegen weit über dem Durchschnitt, Vertreter dieser Parteien werden regelmäßig in die Stadträte gewählt.

Der Journalist Michael Klarmann beschäftigt sich mit der ansässigen Szene und gibt mit seinem Vortrag einen Einblick in die Strukturen der NPD und der Kameradschaft Aachener Land (KAL), sowie der rechten Jugendkultur und Rechtsrock.

Freitag, der 2. Juni 2006 ab 21:00 in den Räumen der Fachschaft Philosophie

Abschlussparty mit internationaler Musik und Getränken zu erschwinglichen Preisen

4. Aufruf zum festival contre le racisme 2006:

Wissenschaft braucht eine offene Gesellschaft, die frei ist von Rassismus und den Ideen der extremen Rechten!

Von dieser Grundidee ist das heutige Europa meilenweit entfernt - und es betrifft nicht nur die Wissenschaft. Das Drama um das Flüchtlingsschiff "Cap Anamur" im Sommer 2004 und die Toten vor den Toren der spanischen Enklaven Ceuta und Melilla im Norden Afrikas im Herbst 2005 sind exemplarische Beispiele für das Gegenteil einer offenen Gesellschaft und ein Ausdruck für institutionalisierten Rassismus.

Tausende Menschen starben auf ihrem Weg in ihren Traum von Wohlstand und Freiheit, ertrunken in der Oder, erschossen in Marokko oder verdurstet in einem Schlauchboot im Mittelmeer. Dass Flüchtlinge beim Versuch nach Europa zu gelangen ihr Leben lassen, ist die dramatische Spitze des Eisberges. Dieser Eisberg heißt "Festung Europa" und manifestiert sich nicht nur an den Außengrenzen der Europäischen Union, sondern spiegelt sich auch in der Hochschullandschaft wieder.

Die Erweiterung der Europäischen Union im Jahr 2004 um zehn Mitgliedsstaaten, die anti-amerikanische Grundstimmung in weiten Teilen Europas, die Diskussion um einen Beitritt der Türkei in die Union und die oben bezeichneten Dramen an den EU-Außengrenzen sind für uns - den freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) und den Bundesverband ausländischer Studierender (BAS) - Anlass genug, uns im Rahmen des festival contre le racisme in diesem Jahr kritisch mit dem Begriff "Europa" auseinanderzusetzen.

Asyl ist ein Menschenrecht!

Wer sich die aktuellen Statistiken europäischer Länder und die Pressemitteilungen der Innenministerien dazu anschaut, kann schnell feststellen, dass das Recht auf Asyl als etwas Negatives gedeutet wird. Jeder Rückgang der Zahl derer, die einen Antrag auf Asyl stellen, wird bejubelt. Immer wieder wird sich auf EU-Ebene auf noch härtere und möglichst einheitliche Regelungen verständigt, die das Schengener Abkommen noch restriktiver ausgestalten. In Deutschland bewegt sich der Anteil derjenigen, die ihren Asylantrag bewilligt bekommen, inzwischen im Promillebereich. Hinzu kommen Ideen, wie zum Beispiel die Verlagerung der Prüfung von Asylanträgen ins Ausland - wie etwa vom ehemaligen deutschen Innenminister Schily vorgeschlagen - oder die vermehrte Abschiebung anerkannter Flüchtlinge in angeblich sichere Herkunftsregionen.

Die extreme Rechte klatscht hierbei laut in die Hände, selbst linksliberale Regierungen fahren innerhalb der Europäischen Union einen harten Kurs an ihren Außengrenzen. Geeint sind fast alle politischen Lager darin, dass man einen Zuzug in die europäischen Sozialsysteme unterbinden muss. Diese Art von Wohlstandschauvinismus lehnen wir ab! Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht und hat humanitären Charakter - keineswegs einen wirtschaftlichen.

Wer nichts nützt, bleibt draußen

Diese Ökonomisierung der Zuwanderung schlägt sich auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung nieder. Wer aus dem Ausland kommt und beispielsweise die deutsche Gesellschaft mit einem ehrgeizigen - am besten technischen - Forschungsprojekt bereichern will, bekommt ohne Probleme einen sicheren Aufenthaltsstatus, sofern er oder sie für sich selbst sorgen kann. Immer wieder derselbe Gedanke: Zuwanderung muss messbaren materiellen Gewinn erzielen und darf keinesfalls etwas kosten.

Dieses Diktat der Ökonomie lässt sich ebenso im Bereich der Hochschulen abbilden. Ausländische StudienbewerberInnen werden ebenso nach wirtschaftlichen Kriterien ausgewählt. Für Studierende aus sozial benachteiligten Schichten bestehen z.B. in Deutschland ohnehin ungleich schlechtere Chancen, einen Hochschulabschluss zu erreichen. Geht es um ausländische Studierende wird diese Benachteiligung durch ein Wirrwarr an diskriminierenden Regelungen verschärft.

Internationalisierung - Auf Kosten von Studierenden

Sofern Studierende nicht über Austauschprogramme oder nur für wenige Semester Schnupperstudium nach Deutschland kommen wollen, sehen sie sich mit einem Berg von bürokratischen Hürden konfrontiert, den es zu überwinden gilt, bevor mit dem Studium begonnen werden kann. Für jede einzelne Hürde zahlt ein/e ausländische/r Studienbewerber/in Geld, sei es für ein Visum, die erforderlichen Nachweise für die Sprachkenntnisse oder die Bewerbung an einer Hochschule an und für sich. Und da sich beispielsweise der deutsche Staat viel um seine ZuwandererInnen sorgt, dürfen diese die Kosten für ihre eventuelle Abschiebung vor der Einreise auf ein Sperrkonto überweisen, so dass sichergestellt ist, dass sie für ihre (zwangsweise) Rückreise stets selbst aufkommen können.

Im Regelfall erhalten ausländische Studierende nur einen Aufenthaltsstatus für die Dauer ihres Studiums. Danach müssen sie das Land wieder verlassen. Während des Studiums dürfen ausländische Studierende nur begrenzt Nebentätigkeiten für ihren Lebensunterhalt ausüben - natürlich muss auch hierfür eine Genehmigung beantragt werden. Diese Regelungen und bewusst gewollten Diskriminierungen führen unweigerlich dazu, dass ausländische Studierende entweder nur mit einem entsprechenden finanziellen Background (Unterstützung durch Familien oder Unternehmen) hier studieren können oder hier früher oder später am Rande des Existenzminimums leben müssen. Ein umfangreicher Anspruch auf Sozialleistungen besteht für Menschen mit befristetem Aufenthaltsstatus selbstverständlich nicht - im Gegenteil: Bekommen die Behörden mit, dass ein/e ausländische/r Studierende/r nicht selbstständig für seinen/ihren Lebensunterhalt sorgen können, steht die Ausweisung ins Haus. Die zahlreichen Regelungen in den verschiedenen Mitgliedsstaaten der EU unterscheiden sich, dennoch sind die Bemühungen zu einem vereinheitlichten Zuwanderungs- und AusländerInnenrecht klar erkennbar - und diese werden restriktiv ausfallen. Wir hingegen fordern die Abschaffung der zahlreichen Diskriminierungen im Zuwanderungs-, AusländerInnen- und Arbeitsrecht für ausländische Studierende sowie die Reduktion bürokratischer Hemmnisse und dadurch entstehender Sondergebühren für ausländische Studierende. Der Trend ist eher gegenläufig: Inzwischen wird gern zwischen EU-AusländerInnen und ZuwandererInnen aus Staaten außerhalb der EU unterschieden - inklusive einer Bevorteilung von EU-BürgerInnen. Diese weitere Kategorisierung von Menschen nach ihrer Herkunft ist nicht hinnehmbar!

Europa - definiert durch Exklusion?

Dass ein verbreiteter Wohlstandschauvinismus Ursache für die Ausgrenzung von Menschen ist, ist ein gesellschaftlicher Konflikt um materielle Werte. Im Bereich der postmateriellen Werte kristallisierten sich in Europa vor Allem zwei weitere Konfliktlinien heraus: Der eine ist der drohende Verlust der christlichen Werte, die zumindest die Europäische Union maßgeblich prägten und prägen, durch einen eventuellen Beitritt der Türkei in die Union. Der andere postmaterielle Konflikt drückt sich durch einen identitätsstiftenden Antiamerikanismus aus.

Zunächst wird Europa auch gern als "christliche Abendland" betitelt. Allein dieser Begriff lässt schon erahnen, dass sich hier bewusst zum orientalischen "Morgenland" abgegrenzt werden soll. Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 ist der politische Islam - zu Recht - ins Blickfeld einer umfassenden Kritik geraten. Doch nicht selten werden die Grenzen zwischen Religion und Fanatismus verwischt - muslimische Einwanderer gelten als suspekt. Nicht nur die extreme Rechte befürchtet eine "Islamisierung" Europas durch einen EU-Beitritt der Türkei, auch gemäßigte Kreise sprechen sich quer durch Europa gegen den Beitritt aus - als wenn Europa mit der EU-Mitgliedschaft der Türkei zum islamischen Gottesstaat umgeformt werden würde.

Auf der anderen Seite führte der neueste Konflikt im Irak zu einem Ausbruch des antiamerikanischen Ressentiments quer durch alle Schichten der Bevölkerung Europas. In der Kritik am Feldzug der USA und ihrer Verbündeten gegen das Regime des Diktators Saddam Hussein überboten sich die AntagonistInnen auf europäischer Seite mit Bezügen zum Nationalsozialismus und auch antisemitischen Stereotypen - ohne Rücksicht auf Verluste. Gleichzeitig wurde Europa als ziviles Gegenmodell dargestellt - "Old Europe" gegen die "Neue Welt". Dass die Geschichte Europas alles andere als friedlich war und ist, wird ausgeklammert. Wenn es gegen Amerika geht, lassen sich mittlerweile Millionen mobilisieren, wenn es um die Beteiligung eigener Soldaten an militärischen Konflikten geht - beispielsweise auf dem Balkan -, fällt die Empörung erfahrungsgemäß weit geringer aus.

Diese beiden Beispiele zeigen, dass eine Definition des Europa-Begriffes entlang postmaterieller Konfliktlinien am einfachsten durch Exklusion geschieht. "Seht hin, wir haben gelernt - so sind wir nicht (mehr)" ist das Credo, was den/die Europäer/in für ein gemeinsame europäische Identität begeistern soll. Eine tatsächlich offene Gesellschaft muss sich gegen solche vereinfachten Weltbilder wenden - und diese nicht (re-) produzieren.

Auch im Bereich der Wissenschaft und Forschung sind solche Tendenzen klar erkennbar. Als Beispiel ist hier der Lissabon-Prozess zu nennen, in welchem sich die EU-Staats- und Regierungschefs darauf verständigt haben, die Europäische Union bis 2010 zum "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum" der Welt auszubauen. Die Implementation der "Wissengesellschaft" in diese ökonomische Zielsetzung zeigt, dass auf EU-Ebene Bildung und Wissenschaft zum Standortvorteil in einem weltweiten Wettbewerb deklariert werden. Im Gegensatz zum Bologna-Prozess beschränkt sich der Lissabon-Prozess dementsprechend auf die Mitgliedsstaaten der EU.

Schon vergessen: Die extreme Rechte

Seit Mitte der 1980er Jahre sind rechtsextreme Parteien in Europa auf dem Vormarsch. Nach dem Niedergang des kommunistischen Machtblocks im Osten Europas sind auch dort rechtsextreme Parteien in allen Ländern anzutreffen. Die Vernetzung von rechtsextremen AkteurInnen ist in Europa seit Beginn der 1990er Jahre stark angestiegen. Rechtsextreme Parteien eint im Allgemeinen die Ablehnung der Europäischen Union - aufgrund der Einschränkungen der nationalstaatlichen Souveränität. Dazu gesellt sich plumper Rassismus und Antisemitismus, was die Rückwärtsgewandtheit dieser Bewegungen offensichtlich macht.

Im Gegensatz zu den neonazistischen Organisationen ist auf europäischer Ebene kaum ein internationales Engagement gegen Rechtsextreme zu verzeichnen. Neben antifaschistischen Initiativen interessiert sich meist nur die komparative Rechtsextremismusforschung für die Positionen unterschiedlicher Organisationen im europäischen Rahmen.

Da rechtsextreme Gewalt nicht vor StudentInnen halt macht, fordern auch wir eine Verstärkung staatlicher Bemühungen und die Förderung nichtstaatlicher Institutionen gegen eine weitere Vernetzung und Ausdehnung rechtsextremer Parteien und Gruppierungen - in ganz Europa.

Europa - quo vadis?

Eine materiell und postmateriell abgegrenztes Europas kann kein Ziel einer emanzipierten Politik sein. Eine offene Gesellschaft bedeutet in erster Linie genau diese Abgrenzungsmechanismen abzubauen und sich denjenigen, die diese Hemmnisse aufrechterhalten und ausbauen, entgegenzustellen. Dies beginnt bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus und führt über die Verstärkung einer tatsächlichen Integrationsarbeit bis hin zu einer Liberalisierung des Einwanderungsrechtes. Es kann nicht sein, dass durch die Einführung von supranationalen Zusammenschlüssen, wie der Europäischen Union, neue Ausschlusskriterien geschaffen werden und die "Verteidigung" von bestehenden Außengrenzen solcher Bündnisse im Extremfall über Leben und Tod von Einzelnen entscheiden.

Humanitäre Zielsetzungen treten hinter das Diktat der Ökonomie zurück. Ein Hochschulstudium in Europa wird zu einem Luxus für sozial Bessergestellte. Gerade im Hinblick auf humanitäre Aspekte und dem Gleichheitsgrundsatz ist der Umbau der Europäischen Hochschullandschaft zu einem riesigen Ausbildungsbetrieb der privaten Wirtschaft eine Farce. Die vielen wichtigen Aspekte der Konferenzen von Bologna und Lissabon werden durch die soziale Auswahl der Studierenden konterkariert.

Soviel Kritik - warum dann ein *festival*?

Das *festival contre le racisme* setzt sich die Aufgabe Studierende auf die aktuelle Situation in Europa hinzuweisen. Es geht uns um eine humane Zuwanderungspolitik zugunsten einer offenen Gesellschaft und um die Beseitigung diskriminierender oder gar rassistischer Sondergesetze für AusländerInnen. Studierende sind von den derzeitigen Regelungen besonders hart betroffen - deshalb sind das auch unsere Themen.

Seit nunmehr elf Jahren veranstaltet unsere französische Partnerorganisation Union Nationale des

étudiants de France (UNEF) das *festival contre le racisme* dezentral an verschiedenen Hochschulstandorten. In Deutschland gibt es das *festival* seit drei Jahren, im letzten Jahr beteiligten sich rund ein Dutzend Studierendenschaften aus dem Bundesgebiet am *festival*.

Im Rahmen dieses *festivals* besteht für Studierendenvertretungen und sonstige Initiativen die Möglichkeit Themen aus den Bereichen Rassismus, Diskriminierung, Xenophobie usw. konzentriert in einer Veranstaltungswoche anzusprechen und so Diskussionen anzuregen. Auf der anderen Seite ist das *festival contre le racisme* der Ort für Begegnungen mit ausländischen Studierenden und migrationspolitischen Akteuren.

Nicht zuletzt soll das *festival* eine Möglichkeit für Studierende bieten, sich Gedanken über den Begriff "Europa" zu machen und darstellen, dass eine Kritik an der derzeitigen Ausgestaltung dieses Begriffes bitter nötig ist - auch aus Solidarität mit unseren ausländischen KommilitonInnen.

Berlin, im März 2006

freier Zusammenschluss von studentInnenschaften e. V.

5. a) freier Zusammenschluss von studentInnenschaften

studentisch - überparteilich – bundesweit

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 90 Mitgliedshochschulen vertritt der fzs über eine Million Studierende in Deutschland.

Der fzs vertritt bundesweit die sozialen, kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Interessen von Studierenden gegenüber Hochschulen, Politik und Öffentlichkeit.

Was wir wollen

Der fzs erarbeitet Positionen zu verschiedenen hochschulpolitischen Themen mit dem Ziel diese in die politischen Diskussions- und Entscheidungsprozesse einzubringen. Der fzs setzt sich ein für:

- eine gesetzlich und finanziell abgesicherte studentische Vertretung an Hochschulen
- eine studentische Beteiligung an allen hochschulpolitischen Entscheidungen in Hochschule, auf Landes- und Bundesebene
- den freien Zugang zu Bildung
- eine bedarfsdeckende Absicherung von Studierenden unabhängig vom Einkommen der Eltern
- den Abbau von Diskriminierung in Bildungssystem und Gesellschaft

- eine kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft und Gesellschaft
- studentische Solidaritätsarbeit und internationale Vernetzung von Studierenden

5. b) Der Bundesverband Ausländischer Studierender

Der Bundesverband Ausländischer Studierender ist die bundesweite Interessenvertretung der Ausländischen Studierenden in Deutschland. Er versteht sich auch als Vernetzungsorgan der Referate für Internationales sowie der AusländerInnenreferate der lokalen Studierendenvertretungen.

Der Verein hat zum Ziel, die Interessen der ausländischen Studierenden gegenüber den jeweiligen Stellen, Ministerien, Ämtern und Behörden zu vertreten, insbesondere gegenüber dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, dem Bundesministerium des Inneren, dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, dem Auswärtigem Amt, dem DAAD, dem Deutschen Studierendenwerk, der Hochschulrektorenkonferenz, anderen MigrantInnen- und Studierendenorganisationen und politischen Gruppen. Die Vertretung der Interessen erfolgt vor allem durch eine politische Öffentlichkeitsarbeit. Die Fragen der ausländischen Studierenden und des AusländerInnenstudiums sollen aus der Isolation geführt werden. Informationsveranstaltungen und Pressearbeit spielen hierbei eine große Rolle.

Probleme der einzelnen Mitglieder und an den einzelnen Hochschulen sollen verallgemeinert und öffentlich gemacht werden. Es soll versucht werden, Lösungen zur Verbesserung der Situation der ausländischen Studierenden zu finden. Den Studierendenvertretungen an den Hochschulen soll durch bundesweite Aktionen der Rücken gestärkt werden. Als Teil der Öffentlichkeitsarbeit sollen Publikationen herausgebracht werden.

Mitglied im BAS können alle Studierendenschaften auf Antrag werden.

6. a) Fachschaft (I/1) Mathematik, Physik, Informatik und Fachschaft (7/1) Philosophie

Eine Fachschaft sind alle Studierenden in einem Studiengang oder in einem Fachbereich. Die Fachschaft Mathematik, Physik, Informatik vertritt die Studierenden dieser Fächer an der RWTH Aachen. Die Studierenden der Geistes- und Gesellschaftswissenschaften werden von der Fachschaft Philosophie vertreten.¹

Umgangssprachlich bezeichnet man mit dem Begriff Fachschaft aber eher den Kreis der aktiven FachschaftlerInnen. Diese Leute setzen sich für alle möglichen studentischen Belangen auf Ebene des Studienfachs oder Fachbereichs, wie beispielsweise der (Mit-)Organisation der Einführungsstage und den Ersti-Tutorien, Servicearbeit in Form von Skript- oder Klausurenverkauf oder auch der Vertretung in den zahlreichen Gremien dieser Hochschule.

Formal sind Fachschaften Organe der Studentischen Selbstverwaltung und haben dementsprechend das Recht gemäß § 72, Absatz 2 und 3 des Landeshochschulgesetzes NRW ihre Mitglieder im Rahmen des *festival contre le racisme* über Vorträge über aktuelle gesellschaftspolitische Themen zu informieren.

¹ Abgesehen von den Studierenden des berufsbildenden Lehramtes (7.2) und der Kommunikationswissenschaften (7.3)

6. b) Frauenprojekt an den Aachener Hochschulen

Wir sind eine Gruppe von Studentinnen der Aachener Hochschulen, die unabhängig vom jeweiligen AStA Frauenarbeit machen. Wir organisieren zu frauenpolitischen Themen Diskussionen und Infoveranstaltungen sowie Kulturelles wie Lesungen mit bekannten und unbekannteren Autorinnen oder laden ein zu Frauenfesten.

- **Plenum**

Wir treffen uns regelmäßig dienstags um 19.30 Uhr im Frauenraum in der Mensa Academica (gegenüber vom AStA), Turmstraße 3. Hier planen wir Veranstaltungen, diskutieren aktuelle Themen und quatschen. Das Plenum ist offen für alle Studentinnen. Ihr seid immer herzlich willkommen!

- **Sprechstunden**

Wir bieten unsere Sprechstunden zur Zeit etwas unregelmäßig an. Die aktuellen Termine findest du auf unserer Homepage: www.frauenprojekt-aachen.de . Zu diesen Zeiten kann jede Frau, die Fragen zu frauenspezifischen Themen hat oder einfach nur in unserer Bibliothek stöbern möchte, vorbeischaun. Wir beraten Studentinnen und vermitteln bei Bedarf oder Interesse an uns bekannte andere Institutionen für Frauen in Aachen.

- **Bibliothek**

Im Frauenraum gibt es eine umfangreiche Bibliothek zu frauenrelevanten Themen, wie Frauengeschichte, Körper und Sexualität sowie viele Krimis und Romane für's Schmökern zwischendurch. Wir haben außerdem einige Zeitschriften wie »Emma«, »Schlangenbrut« oder »Die Philosophin« abonniert, deren jeweils ältere Ausgaben ebenfalls entliehen werden können. Und die aktuellen Hefte könnt Ihr gerne bei uns lesen!

- **Frauenvollversammlung** Jedes Semester findet die Vollversammlung aller Studentinnen statt, bei der wir über das abgelaufene Semester berichten und zusammen das kommende Semester planen. Dort werden auch die Mitglieder des Frauenreferats (das ist unsere rechtliche Verankerung an der TH) sowie die Kassenprüferinnen gewählt.